

# Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Späterkunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:  
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 2587

Nr. 105.

Danzig, den 28. Dezember 1912.

3. Jahrgang.

Ein von den Räten seiner Klasse überzeugter Arbeiter liest die Zeitung, die ihm im wirtschaftlichen und politischen Kampfe zur Seite steht. Er abonniert das Blatt, welches seine Interessen vertritt und weist die bürgerlichen Kapitalisten-Blätter aus dem Hause. Nicht im Käse sitzen über schlechte Zeiten und habgierige Unternehmer liegt die Kraft, sondern in der Unterstützung der Arbeiterpresse, der

**Volkswacht!**

## Resolutionen zum Preußentag.

Der am 6. Januar 1913 in Berlin zusammentretenden preußischen Parteitag legt die Landeskommission folgende Resolutionen vor:

### Resolution über die Wahlaktive.

Da die Parlamentswahlen für die Sozialdemokratie in erster Linie der Entfaltung der Agitation zur Aufklärung der Massen dienen, so sind die Parteigenossen verpflichtet, sich auch in Preußen überall an den Landtagswahlen zu beteiligen. Für die Wahl gelten folgende Grundsätze:

1. Wo es gelingt — und sei es auch nur in einem Orte eines Landtagswahlkreises — sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen, müssen sich die Genossen an den Wahlen in allen drei Wahlkreisen beteiligen; sie dürfen in diesem Falle nur für die sozialdemokratischen Wahlmänner stimmen.
2. Wo sozialdemokratische Wahlmänner nicht aufgestellt werden können, sind die Genossen nur mit Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses der Landeskommission berechtigt, für bürgerliche Wahlmänner zu stimmen, vorausgesetzt, daß deren Abgeordnetenandidaten spätestens fünf Tage vor den Wahlen schriftlich zu Händen des sozialdemokratischen Wahlkomitees erklärt haben, daß sie für den Fall ihrer Wahl in jeder Session im Abgeordnetenhause die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sowie eine Neuerteilung der Wahlkreise auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung beantragen oder für solche Anträge stimmen werden, wenn sie von anderer Seite gestellt werden.
3. Für Stichwahlen zwischen bürgerlichen Wahlmännerkandidaten gelten folgende Regeln:
  - a) In Landtagswahlkreisen, in denen nur ein Abgeordneter zu wählen ist, unterstützen die Parteigenossen bürgerliche Wahlmännerkandidaten nur unter der Voraussetzung der Ziffer 2 und mit Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses.
  - b) In Landtagswahlkreisen, in denen mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist, unterstützen die Parteigenossen die Wahlmännerkandidaten derjenigen bürgerlichen Parteien, deren Wahlkomitee sich verpflichtet, der Sozialdemokratie ein Mandat abzutreten, vorausgesetzt, daß der zur Stichwahl stehende Wahlmann vor der Wahl schriftlich die Erklärung abgegeben hat, daß er bereit und unabhängig genug ist, bei den Abgeordnetenwahlen für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Bei Nichterfüllung dieser Bedingungen ist Stimmenthaltung zu üben.

### B. Für die Abgeordnetenwahlen.

1. Bei der Abgeordnetenwahl müssen die sozialdemokratischen Wahlmänner im ersten Wahlgang für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, soweit nicht unter Ziffer 2 und 3 Ausnahmen zugelassen sind.
2. Gibt die Sozialdemokratie in Landtagswahlkreisen mit mehr als einem Abgeordneten bei der Stichwahl den Ausschlag, so hat sie die Abtretung eines Mandats zu fordern. Wird diese Forderung bewilligt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner schon im ersten Wahlgang außer für einen sozialdemokratischen Kandidaten für die Kandidaten der betreffenden bürgerlichen Parteien. Wird diese Forderung nicht bewilligt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner im ersten Wahlgang nur für ihre Kandidaten und enthalten sich bei der Stichwahl der Stimme.
3. Mit Genehmigung der Landeskommission können die sozialdemokratischen Wahlmänner schon im ersten Wahlgang für bürgerliche Kandidaten stimmen, falls als Gegenleistung in bestimmten anderen Wahlkreisen bürgerliche Wahlmänner schon im ersten Wahlgang für sozialdemokratische Kandidaten stimmen.
4. Finden in Landtagswahlkreisen mit einem Abgeordneten Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien statt, so dürfen die sozialdemokratischen Wahlmänner nur unter der Voraussetzung von A Ziffer 2 mit Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses der preußischen Landeskommission für einen bürgerlichen Kandidaten stimmen.

### Resolution zur Landarbeiterfrage.

Die Landarbeiter sind die ausgebeuteten und unterdrücktesten Proletariat Preußens. Durch Gesindeordnungen, das Ausnahmengesetz vom 1884 und zahlreiche Polizeiverordnungen getrieben, durch Gewährung von Wohnung und Naturalien als über-

wiegenden Teil des Arbeitseinkommens in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis zu dem Arbeitgeber gebracht, so ist der preussische Landarbeiter mit Frau und Kind der zügellosen Ausbeutung durch die Junker und Großbauern preisgegeben. Die reaktionären preussischen Gesetze und Verwaltungspraktiken schließen ihn von der Mitbestimmung in der Verwaltung des Gutsbezirks und der Landgemeinde völlig aus und stempeln ihn auch gesellschaftlich zu einem Menschen minderen Rechts, zu einem Staatsbürger zweiter Klasse.

Diese traurige Lage der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist der stärkste Ansporn zu der durch die industrielle Entwicklung und den sonach stetig steigenden Arbeiterbedarf der Industrie geförderten Landflucht, die der Landwirtschaft die leistungsfähigsten Arbeitskräfte entzieht und bereits zu einer bedenklichen Entvölkerung der ländlichen Gebiete Ostpreußens geführt hat. Als Ersatz werden jährlich Hunderttausende ausländische Arbeiter herangezogen, die durch einen ungeheuerlichen Legitimationszwang zu wehrlosen Sklaven der ländlichen Ausbeuter gemacht werden.

Diesen Zuständen, die unser Wirtschaftsleben unheilvoll beeinflussen, kann nur erfolgreich entgegengewirkt werden durch die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Landarbeiter, der sich indes die Agrarier trotz der vielen hundert Millionen, die ihnen infolge der Zölle, sowie der Grenzperren- und Liebesgabenpolitik zufließen, mit aller Macht widersetzen. Die Landarbeiter müssen daher, gleich ihren Klassengenossen, in der Industrie, selbst sich ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen.

Deshalb fordert der preussische Parteitag: Volle Koalitionsfreiheit für die Landarbeiter. Beseitigung aller Ausnahmengesetze und Gesindeordnungen und reichsgefähliche Regelung des Landarbeiterrechts. Entscheidung über Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch Schiedsgericht nach Art der Gewerbeurteile unter Mitwirkung der Arbeiter als Richter. Wirksame gesetzliche Schutzvorschriften für alle in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, insbesondere Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Schutz der Jugendlichen. Gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit. Ausreichender Wochenruhemenschuh und Verbot aller Sonntagsarbeiten, die nicht durch die Natur des landwirtschaftlichen Betriebes unbedingt erforderlich sind.

In bezug auf die Arbeiterversicherung mindestens Gleichstellung mit den Arbeitern in der Industrie, insbesondere Fortfall der Landkrankenassen und Versicherung auch der ländlichen Arbeiter in Ortskrankenassen.

Auf den Gebieten des Wohnungswezens Errichtung geundeter Arbeiterwohnungen durch den Staat oder durch staatlich unterstützte und kontrollierte Institutionen unter Fortfall aller Maßnahmen, die den Landarbeiter in der freien Verwendung seiner Arbeitskraft beschränken oder ihn wirtschaftlich oder politisch abhängig machen.

Die Beseitigung aller Ungerechtigkeiten, unter denen besonders die Landarbeiterschaft zu leiden hat, ist nur möglich, wenn in Preußen das Dreiklassenwahlrecht beseitigt und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt wird.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, jede Gelegenheit, besonders die bevorstehenden Landtagswahlen, zu benutzen, um die Landbevölkerung über den Sozialismus aufzuklären und sie auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation hinzuweisen.

## Deutschland.

### Neue Steuern und Heeresforderungen.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung werden neue Steuern und neue Heeresforderungen offen und deutlich angekündigt. Das offiziöse Blatt weist darauf hin, daß in der Staatsberatung aus dem Reichstag heraus verlangt worden sind:

Eine Erhöhung der Veteranenbeihilfen, vergrößerte Mittel zur Hebung des deutschen Ansehens und zur Wahrung der deutschen Interessen im fernem Osten, eine Verbesserung der dienstlichen und wirtschaftlichen Lage der Post- und Eisenbahnbeamten, insbesondere durch Gewährung von Teuerungszulagen und Bewilligung von pensionsfähigen Zulagen an die Postassistenten und Postverwalter, — Wünsche, deren Erfüllung wohl nur unter Aufwendung von mindestens 10 Millionen zu ermöglichen wäre, ferner eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre, was etwa 9 Millionen Mark erfordern würde. Endlich schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung noch: Weitere Entlastung von Orten bei den Wohnungsverhältnissen usw. erinnert — werden sicherlich noch ihre Befürworter finden.

Hieran knüpft die Norddeutsche Allgemeine Zeitung folgende Mahnung, die in dem Hinweis auf neue Heeresverrückungen gipfelt:

Unter dem früheren Schatzsekretär hatte der Grundfah: „keine neuen Ausgaben ohne Deckung“ auf allen Seiten des Reichstags freudige Anerkennung gefunden. Und zum Segen unserer Finanzen ist nach ihm in den letzten Jahren verfahren. Jetzt schreit der Grundfah so allgemeiner Zustimmung nicht mehr sicher zu sein. Ein Redner hat ihn sogar, ohne Widerspruch im Hause zu finden, als bedenklich bezeichnet. Er hält es wohl für möglich, daß man auch einmal in die Lage komme, notwendige Ausgaben zu bewilligen, wenn für den Augenblick die Deckung nicht gleich da ist oder in dem Etat nicht sichtbar erscheint. Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, solchen Ansichten zu folgen. Sie müssen uns unrettbar wieder in diejenigen Umstände zurückführen, die wir, dank der Finanzreform, seit kurzem überwinden haben. Zurzeit wird freilich die Deckung aller neuen Ansprüche auf die Finanzkraft des Reiches aus der Besitzsteuer erwartet. Man darf aber nicht vergessen, daß diese in erster Linie eine Ermäßigung der Zukersteuer ermöglichen soll, und daß die im Frühjahr aufgemachten Bilanzen auf weitere Ausgaben für den Bedarf des Heeres, wie sie angesichts der Weltlage nicht vermeidbar sein werden, noch teuz Rücksicht genommen haben.

Ein fast überflüssiges Dementi legt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung einer mehrfach von Blättern übernommenen Zeitungsnachricht entgegen, wonach zwischen dem Kriegsminister und Reichsschatzsekretär ein Konflikt ausgebrochen und in sehr scharfer Form ausgetragen worden sein sollte. Dazu bemerkt das Regierungsblatt: Die in mehreren Blättern verbreiteten Gerüchte über Differenzen, die wegen militärischen Forderungen zwischen dem Kriegsminister und dem Reichsschatzsekretär entstanden sein und sogar zu einem scharfen Briefwechsel geführt haben sollen, entbehren gutem Vernehmen nach jeder Begründung. — Wir hatten geglaubt, von jenem Gerücht nicht erst Notiz nehmen zu sollen.

### Der Bismarckblock.

Bismarckblock, Großblock, Block der Linken, Liberaler Block, Blauschwarzer Block — diese und noch eine Reihe von anderen Blöcken, deren Namen uns wieder entfallen sind, haben wir in den letzten Jahren erlebt. Jetzt soll noch ein neuer hinzukommen: der Bismarckblock. Schöner würde man wohl von einem Bismarckgedächtnisblock reden, denn es soll mit diesem Gebilde ja zusammen das Andenken des ersten Reichszanklers geehrt werden.

Es ist ein parlamentarischer Mitarbeiter des Reichsboten, der mit diesem Block die Nöte der Zeit bannen und Deutschland einer herrlichen Zukunft entgegenführen will. Er erinnert daran, daß Bismarck in seiner letzten Rede im Reichstag die „konservativen Parteien“ zum Zusammenstreben gegen Sozialdemokraten, Freisinnige und Polen aufgefordert habe und daß unter den konservativen Parteien auch das Zentrum und die Nationalliberalen mitverstanden gewesen seien. Diese schöne Idee soll jetzt nach einem Vierteljahrhundert endlich verwirklicht werden.

Nun hat sich das Zentrum schon längst zu den konservativen Gruppen gerechnet und es bedarf keiner weiteren Bemühungen, diese Partei mit der Rechten zusammenzuschmieben. Ueber das bismarckische Polenproblem würde sich am Ende schon eine Verständigung erzielen lassen. Nur die Nationalliberalen zieren sich noch ein wenig, wollen sich auf der einen Seite nicht ganz vom Freisinn lösen und haben auf der anderen allerlei Bedenken gegen die Beitgenossenschaft mit dem Zentrum. Die sollen jetzt bei ihrer Bismarckverehrung gepakt werden: wenn ihr kurz entschlossen nach rechts schwenkt und mit den Merkmalen gemeinsam die berühmten heiligsten Güter verteidigt, so vollzieht ihr nur den letzten Willen des von euch bejubelten Nationalhelden. Der Bismarckblock bewilligt dann, wie der Reichsbote vorschlägt, gemeinsam die Ausgaben für Heer und Flotte, geht „schrittweise“ (sogar sehr schrittweise) auf dem Felde der Sozialreform vor, macht etwas Wohnungsreform, bekämpft ein wenig die Auswüchse der Spindlindustrie, nimmt eine Besitzsteuer an, mit der die Freunde der bedenkstündigen Bevölkerung und die Freunde der sozialen Gerechtigkeit (daß der Reichsbote diesen Gegensatz heranzieht, ist besonders interessant) sich gleichmäßig zufrieden geben können.

Zu übrigen wird der Bismarckblock die Sozialdemokratie vernichten und das wird seinen eigentlichen Ritt bilden. Das sagt zwar nicht der Reichsbote, aber die Deutsche Tageszeitung und die Kreuzzeitung sagen es, denn ohne diesen Programmpunkt hätte die ganze Sache für sie keinen Wert.

Die Nationalliberalen haben also weiter nichts zu tun, als ihre Abneigung gegen das Zentrum zu überwinden, und nicht mit Unrecht hält Herr Dertel der von ihrem antiliberalen Gewissen beunruhigten kölnischen Zeitung vor, daß die Nationalliberalen doch längst ihre Jungfernschaft verloren haben. Er hätte noch ganz besonders auf die Ermahnungen hinweisen können, die bei den letzten Reichstagswahlen in der unmittelbaren Nachbarschaft der kölnischen Zeitung geäußert worden sind. Herr Dertel ist auch liebenswürdig genug zu erklären, daß er und seine Freunde doch aus nichts dagegen hätten, wenn eine Annäherung der Konservativen und Nationalliberalen stattfinde und wenn diese Annäherung sich vielleicht zu einer Arbeitsgemeinschaft ausgestalte.

Die Tore sind also weit genug geöffnet, und es fragt sich nur, ob die freundschaftlich Eingeladenen hineinpassen werden. Vorläufig hindert der zu stark in antikonservativem Sinn festgelegte Wasserfall noch an diesem Schritt, aber das Keilkitzen gehen ihm hat schon wieder munter eingesetzt, und neuerdings sagt ihm wieder ein ehemaliges Mitglied des nationalliberalen Parteivorstandes in den Hamburger Nachrichten, daß er die Partei in den Abgrund führe. Und der radikalere Herr Ludewig zu Stettin hat dem Parteiführer andererseits ja bezeugt, daß er viel zu schwach und energielos sei, um sich den nach rechts treibenden Freunden entgegenzustellen.

### Die abgewiesenen Reichsverbändler.

Der durch seine vielen Klagen gegen sozialdemokratische Redakteure unzähmlichst bekannt gewordene Generalsekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Karl Komoll, in Hannover, hat jüngst abermals Schiffsbruch mit einer Klage erlitten. Der Herr Generalsekretär „fühlte sich beleidigt durch den Reichsverband“ und hat dem Reichsverband in der für den 14. hannoverschen Reichstagswahlkreis geschaffenen Wahlzeitung Fackel, in der dem Reichsverband auf einige von ihm verbreitete Flugblätter die nötige Antwort gegeben wurde. Der Verleger der Fackel, Genosse August Hoffmann in Celle, wurde als Angeklagter vom Schöffengericht in Gifhorn zu 25 Mark Strafe verurteilt. Da diese Strafe den Herren Reichsverbändlern zu gering erschien, legten sie Berufung gegen das Urteil ein, und sie erlitten eine unangenehme Heberkräftigung, da Genosse Hoffmann freigesprochen wurde. Das Landgericht hielt fest, daß nach Paragraph 21 des Preßgesetzes, auf den sich das Urteil des Schöffengerichts stützt, der Angeklagte sich in diesem Falle keiner Beleidigung, sondern eines besondern Preßdeliktes schuldig gemacht habe. Es gebe keine fahrlässige Beleidigung des Paragraphen 21 des Preßgesetzes. Eine solche Annahme würde zu ganz unhaltbaren Konsequenzen führen. — Auch das Oberlandesgericht in Celle hat diese Ansicht als richtig bestätigt.

Medienburg.

Antwort der Großherzogin. Ein außerordentlicher Sendung. Den meisten... Medienburg... Antwort der Großherzogin...

Kleine politische Nachrichten.

Verfassungsdiskussion in Bayern. München. Der bayerische Ministerpräsident hat die Parteiführer von einer Regierungsvorlage verhandelt... Autonomie Albanias. Der Vorschlag der Reichsministerien zur Autonomisierung Albanias wird von der Presse der Großmächte zustimmend aufgenommen...

Ausland. Frankreich.

Die Präsidentschaftswahl in Frankreich.

Die Vertreter der links republikanischen Gruppen der Kammer und des Senats hielten eine Versammlung ab, um über die Begeisterung Bourgeois' geäußerte Bedenken zu beraten... Die Sozialisten zur Präsidentschaftswahl. Die sozialistische Fraktion der Deputiertenkammer beschloß für die Präsidentschaftswahl beim ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten...

Danzig.

Die Verbilligung der Elektrizität

Die Verbilligung der Elektrizität. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Danzig hat am 17. Dezember folgenden Bescheid gefaßt: Die Elektrizität für den Lichtstrom im Sommer 40 Pfennig, und im Winter 45 Pfennig gezahlt werden...

Ernte.

Ernte. Sagen Sie das nicht noch einmal! warnte ihn Grace und drückte schelmisch mit dem Finger... 'Sagen Sie das nicht noch einmal!' warnte ihn Grace und drückte schelmisch mit dem Finger... 'Sagen Sie das nicht noch einmal!' warnte ihn Grace...

2 Jahren durch den größeren Konsum wieder herbeibringen zu können. Bei der Verhandlung dieser Vorlage konnte man erkennen, wie sehr die angeführte unbedingte städtische Regie der hochgerühmten Schmeigeln Antikritik der privaten Unternehmer überlegen ist...

Sonst gab es noch ein sehr ergötzliches, allgemeines liberales Radelmüddel. Dr. Hermann war ärgerlich, weil Scholz solche Vorlagen nicht mehr an die Kammer-Deputation gehen läßt... Die Arbeitervertreter Glaschagen, Heinrich und Nig.

Welchen Nutzen und Wert die Politik des kindischen Eigenfinns hat, ist wohl Geheimnis der stets uneinigen Blockbrüder. Gewiß ist auch die Verbilligung des Gases erstrebenswert, deshalb kann man doch aber nicht gegen die billigere Elektrizität stimmen...

Schwarze Clownspäße.

Schwarze Clownspäße. Endlich hat das zentrumsche Pfaffenblatt doch noch einen auch nicht den glänzenden Sieg der Zentrumschriften bei der Wahl der Vertreter zur Betriebskrankenkasse von J. Schichau...

dieses Jahres ist nur ein Beweis für die Siegesicherheit der freien Gewerkschaften. Die unangenehme Erscheinung der neuen Wahlbeteiligung zeigt sich leider häufig dort, wo kein rechtlicher Gegner in Frage kommt... Die Geldzinskische Sammlung. beschäftigte auch die Stadtverordneten-Versammlung am 17. Dezember.

Die Geldzinskische Sammlung. beschäftigte auch die Stadtverordneten-Versammlung am 17. Dezember. Die interessante Geschichte dieser Sammlung haben wir schon kurz erzählt. Wir haben unsere Darstellung nach der Richtung ergänzend zu berichtigen, daß nicht die Neffen, sondern die Söhne des Großkaufmanns Geldzinski der Stadt die Sammlung, und zwar ursprünglich für 1 Million Mark, aufhängen wollten...

Bei der Beratung ließ der schwarzblaue Brunzen sich nicht die Gelegenheit entgehen, seinen lieben Blockbrüder von der freijüngigen Couleur einige Liebenswürdigkeiten unter die Nase zu reiben. Er sprach sarkastisch davon, daß bei dieser Gelegenheit der von einer gewissen Seite sorgfältig kultivierte Nimbus, gegen den so schwer anzukämpfen sei, in die Brüche gegangen sei... Mit der Annahme der Schenkung des Herrn Fürstenberg und der Bewilligung des restlichen Kaufpreises ist dieses wunderbare Kapitel bürgerlichen Opferinnens, sowie nach baldiger gründlicher Ausräumung der so echt geschmückten Diele, hoffentlich erledigt.

waren mit dem Wechsel nicht unzufrieden. Nur im Anfang gab es einige kleine Unzufriedenheiten, da einige der älteren 'Hände' sich ungebührliche Freiheiten herausnahmen, die er ohne Verlust seiner Autorität nicht durchgehen lassen durfte... 'Sagen Sie das nicht noch einmal!' warnte ihn Grace und drückte schelmisch mit dem Finger... 'Sagen Sie das nicht noch einmal!' warnte ihn Grace...

...gar die Entbehrungen herbei, die der schwerreiche G. durch ...

Diese Pille, die von der Danziger Zeitung ohne Widerspruch gedruckt wird, werden wir uns für die Zukunft gut merken. Im übrigen kann gerade die Basnerische Erklärung das allgemeine Urteil über den hochherzigen Patrioten Giedlinski und seine Erben nur bestätigen.

**Jesuitenblatt.**

Uns geht folgendes Schreiben zu: Einen „glänzenden“ Sieg sollen nach dem Westpreussischen Volksblatt die Sozialdemokraten bei der Krankenkassenwahlenwahl auf der Schichauwerft erzielt haben. Wenn die Westpreussische den Sieg der „Sozialdemokratie“ zuschreibt, dann waren wohl die Besiegten die Jesuiten und die liberale Partei? Warum die dumme Schreibe? Nennen wir das Ding doch beim richtigen Namen. Die in den Freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter haben eine Liste aufgestellt und die Mitglieder der Christlichen und Hirsch-Dunckerischen ebenfalls. Die Parteiorganisationen haben sich mit der Krankenkassenwahl nicht beschäftigt, wenn auch die Mehrzahl der Mitglieder Freier Gewerkschaften der Sozialdemokratie, die Christlichen Gewerkschaftler dem Zentrum, die Hirsch-Dunckerischen dem Liberalismus anhängen.

Nun stellt die Westpreussische im Auftrag der Arbeiter der Firma Schichau einige Fragen an uns. Wir halten es — gelinde gesagt — als eine ganz dreiste Unmaßung und Ueberhebung der Westpreussischen, wenn sie schreibt: „So gestatten sich die Arbeiter der Firma Schichau“ die Frage, warum nur 407 Stimmen für die Liste der Freien Gewerkschaften abgegeben sind, gegenüber 741 im Vorjahre. Schon die Frage ergibt klipp und klar, daß nicht die Arbeiter der Firma Schichau die Frage aufwerfen, sondern einzelne Interessenten. Vehlerer wird es auch interessieren, daß im vorigen Jahre die Christlichen Gewerkschaften 147 Stimmen aufbrachten und in diesem Jahre mit den Hirsch-Dunckerischen „Patentmännern“ (wie die Westpreussische schreibt) zusammen nur 142 Stimmen. Worauf liegt das? In der allgemeinen Gleichgültigkeit bei den sozialen Wahlen überhaupt. Zu der weiteren Frage, warum die Wahlen nicht nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, sondern nach Klass. 1 getätigt werden und warum die Wahlen nicht direkt sind, können wir der Westpreussischen einmal raten, sich das Krankenkassenstatut der Firma Schichau einmal durchzulesen, dann wird sie die Antwort selbst finden. Wir sind uns vollaus bewußt, daß in der Krankenkasse noch recht viel zu ändern ist, genau wie in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht nur bei der Firma Schichau, sondern auf allen Danziger Werften. (Wenn das Westpreussische Volksblatt auf weiter nichts als wie auf unsere Notiz über die Krankenkassenwahlen bei Schichau antwortet, beneiden wir es wahrlich nicht um den Reichtum seines Selbstes. Wir sind überzeugt, daß wenn die Freien Gewerkschaften bei dieser Wahl mit ihren Kandidaten unterlegen wären, das Westpreussische Volksblatt einen großen Sieg der Jesuitenpartei gemeldet hätte. Warum antwortet das Jesuitenblatt nicht auf unseren sonstigen Feststellungen der Unwahrhaftigkeit? Und wie steht es denn mit den 100 Mark? D. R.)

Der Arbeiter-Turnverein feierte sein Weihnachtsvergnügen am 1. Festtage: die Abteilung Ohra im Fiedelen Bauer, die hiesige Abteilung im Bürgergarten des Herrn Steppuhn. Die sportlichen Vorführungen, besonders die Turnübungen am Reck, fanden beachtliches Interesse und reichen Beifall. Leider war der Besuch der Veranstaltung nur mäßig.

Der Arbeiter-Gesangverein Sängergruh hatte seine Mitglieder und Angehörigen zum 2. Festtage zur Weihnachtsfeier nach dem Saale des Herrn Beuster geladen. Auch hier war der Besuch nur mäßig, die gesanglichen Aufführungen aber sehr vortrefflich.

**Aus Westpreußen.**

**Elbing.**

**Stadtorordnetenwahl vom 20. Dezember 1912.**

Aus Anlaß der Einführung der in jüngster Zeit neugewählten unbesoldeten Stadträte Salecker und Wiebe lagert eine gewisse Feindschaft über der Versammlung. Was nicht allzu häufig vorkommt, kann diesmal festgestellt werden, fast sämtliche zurzeit amtierende Herren Stadträte sind zur Stelle. Alle mit Fraad und weißer Rinde angetan. Doch keine Schnallenschuhe, auch keine Badenstrümpfe. Herr Erster Bürgermeister Dr. Merten verpflichtete die neuen Ratsmänner durch Schwur und Handschlag und sprach viel von Treue zu König, Verfassung und wie auch nachher noch der Stadtorordnetenvorsteher von Selbstverwaltung der Gemeinden. Was Monarchismus mit der Erfüllung von Kommunalpflichten zu tun hat, wird uns unverbesserlichen Republikanern wohl immer unverständlich bleiben. Und daß die Selbstverwaltung der Gemeinden mehr im Munde gewisser Herren als in der Praxis besteht, weiß ein jeder Kenner der Verhältnisse.

Warum also so viel Worte? Die zu tätige Wahl eines besoldeten Stadtrates wickelte sich recht schnell und glatt ab. Von den vier zur engeren Auslese stehenden Herren erhielten Bartels-Elbing 32, Stolze-Charlottenburg 11 und Thelemann-Neufölln 4 Stimmen. Demnach erzielte Ersterer gleich im ersten Wahlgange die absolute Majorität. Es muß anerkannt werden, daß der als Sieger über seine Konkurrenten triumphierende neue Stadtrat bei seiner Vorstellung eine ausgezeichnete Programmrede entwickelte, in welcher auch der Initiative sozialer Reformen das Wort geredet wurde. Hoffentlich sucht nun der Stadtrat das zur Wirklichkeit zu machen, was der Herr Assessor für notwendig erachtete. Der tatkräftigen Unterstützung der Arbeiterchaft dürfte er hierbei sicher sein.

Der projektierte Erweiterungsbau der Gasanstalt, welcher die Körperschaft schon des öfteren beschäftigt hat, wurde endgültig von der Versammlung mit übergroßer Mehrheit mit der Maßgabe genehmigt, daß die einzelnen Arbeiten öffentlich ausgeschrieben werden sollen und die Stadtorordneterversammlung sich die Zuschlagserteilung vorbehält. Die Feststellung der Jahresrechnung der Stadthauptkasse für das Jahr 1911 ergab einen Ueberschuß von 387 517 Mark. Allein das Kapitel Gemeindesteuern weist ein Plus von 237 000 Mark auf. Ein Beweis, daß noch manch armer Teufel von der Entrichtung von Gemeindesteuern entbunden werden könnte, ohne die Existenz der Stadt zu gefährden.

Der Haushaltsplan der Sparkasse für 1913 balanziert mit 650 000 Mark in Einnahme und Ausgabe. Ueber das Institut der Sparkasse wird gegenwärtig aus Hausbesitzertreihen recht heftig rebelliert, weil dieselbe den Hypotheken-Zinsfuß auf 4 1/2 Prozent festsetzte. Von diesen Protesten legte ein Schreiben, welches über 50 Unterschriften aufwies, Zeugnis ab, welches der Vorsteher zu Beginn der Sitzung zur Berlesung brachte. In Wirklichkeit beträgt der Hypothekenzinsfuß schon lange 4 1/2 Prozent für städtische, besonders kleinere Grundstücke. Den Vorzug von 4 Prozent Zinszahlung genießen bis vor zirka 1 1/2 Jahren nur die ländlichen Grundstücke. Doch jetzt ist auch mit diesem agrarischen Privilegium seitens der Sparkasse aufgeräumt. Eine Anzahl kleinerer Vorlagen wurde ohne Debatte erledigt.

Unsere Genossen hatten in Gemeinschaft mit einigen bürgerlichen Stadtvotern eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob und unter welchen Bedingungen wieder russisches Fleisch eingeführt werden würde. Infolge Ueberseifers des Vorstehers wäre die Erledigung dieser Sache bald der Berge, anheit anheimgefallen. Doch die Wachsamkeit unserer Genossen verhinderte dies. Herr Bürgermeister Dr. Schaller gab ausführliche Aufklärung, warum auswärtiges Fleisch nicht wieder von der Stadt bezogen worden sei. Daraus war zu entnehmen, daß in der Hauptsache die Regierung schuld an der mangelnden Versorgung der Bevölkerung mit Fleischmahlung sei. Zweimal habe sich der Magistrat mit einer Eingabe an die Staatsregierung gewendet, damit gestattet würde, daß das Fleisch in Elbing, anstatt in Thorn amtlich untersucht würde, weil durch das auswärtige Umladen das Fleisch an Qualität und Aussehen einbüße. Dies hat der Minister aber immer abgelehnt. Auch das Eisenbahnministerium habe jedes Entgegenkommen verweigert. Genosse Trilse ging mit dieser agrarischen Interessen dienenden Ministerhandlung ins Gericht und forderte den Magistrat auf, trotz alledem weitere entschiedene Maßnahmen der Volksernährung zu treffen. Der Vorsteher gab ein Bild der Tätigkeit des Stadtparlaments im absterbenden Jahre, aus welchem ersichtlich ist, daß zweifellos in dieser Etappe zum Teil große Aufgaben gelöst worden seien. Das neue Jahr wird uns neue Probleme, neue Arbeit und weiteres Ringen bringen.

**Die Stadtorordneten-Ergebnisse**

der ersten und zweiten Wählerabteilung haben das Ergebnis gezeigt, daß in der zweiten Klasse Herr Dr. Kranz 1 und in der ersten Herr Dr. Stern gewählt wurden. Dr. Kranz 1 gehörte bereits früher der Stadtorordneterversammlung an. Als Sozialpolitiker, wie man es von einem Arzt erwarten sollte, hat er sich aber nicht bewährt. Das Stadtparlament ist nun wieder komplett!

**Konflikt im Baubetriebe.**

Die Firma Depmeyer, welche im Laufe dieses Jahres eine Reihe von der Stadt Elbing zur Zierde gereichenden Monumentalbauten ausführte, beschäftigte eine große Anzahl von Bauhandwerkern und Arbeitern. Einen illustrierten Beweis von der Lichtigkeit dieser Arbeitermassen liefern die Gebäulichkeiten in der Königsbergerstraße und das überraschend schnelle und gediegene Vorwärtsschreiten der Arbeiten am Friedrich-Wilhelmsplatz und der Schmiedestraße. Es gewinnt jedoch den Anschein, als ob gewisse Vertreter der Firma bestrebt seien, förmlich gewaltsam einen Konflikt mit der Arbeiterchaft vom Zaun zu brechen. So wurden am Freitag Abend vier Maurer, Funktionäre des Bauarbeiterverbandes, plötzlich vom Polier entlassen, welches nichts anderes als eine Maßregelung darstellt. Und dies, obgleich überreichliche Arbeit vorhanden und das Wetter zum Bauen ausgezeichnet ist. Firmeninhaber und Polier aber werden sicher vor einigen Tagen salbungsvoll in den Spruch mit eingestimmt haben: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Begreiflicherweise hat sich der Bauarbeiterchaft ob dieser Behandlung ihrer Funktionäre eine starke Erregung bemächtigt. Gelingt es nicht, den von dem Polier der Firma provozierten Konfliktstoff wieder zu beseitigen und eine Verständigung herbeizuführen, dann können wir auf einen größeren Kampf sicher gefaßt sein. Ob die Firma Depmeyer dabei Vorbeeren ernten wird, ist sehr zu bezweifeln.

**Aus der Partei.**

Sozialdemokratische Bildungsorganisation. In Nürnberg tagte am 15. dieses Monats eine Konferenz der Bildungsausschüsse Nordbayerns, um über eine planmäßigere und einheitliche Organisation der Bildungsbestrebungen zu beraten. Auf einen einschlägigen Vortrag der Genossin Klara Zettin (Stuttgart) folgte eine eingehende Diskussion, in der sich sämtliche Redner für die Errichtung eines Bezirksausschusses für Nordbayern aussprachen, die dann auch einstimmig unter Festlegung der Satzungen beschlossen wurde.

**Zum preussischen Parteitag.**

Die Namen der gewählten Delegierten ersuchen wir umgehend an Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 einzufenden, damit ihnen die Vorlagen und das sonstige Material zugesandt werden können.

Desgleichen ersuchen wir, mitzuteilen, für welche Delegierten Cogis befohrt werden soll.

**Der Geschäftsführende Ausschuss.**

Einstimmig fällt die Damenwelt das

**Urteil**

daß zur Erhaltung eines, rofigen, jugendfrischen und zarten Teints **Steckenpferd-Lilienmilch-Soife** von Bergmann & Co., Baddeck, a. St. 50 Pf., ein vorzügliches Mittel ist und dieselbe ein zartes, reines Gesicht erzeugt. Ferner macht **Cream „Pada“ (Lilienmilch-Cream)** rote und spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.

**Sozialdemokratischer Verein Ohra.**

Dienstag, den 31. Dezember

**Große Silvesterfeier**

bei Herrn Holz, Ohra-Niederfeld.

**Programm:**

1. Festrede, gehalten vom Genossen Gehl.
  2. Theateraufführungen.
  3. Erheiternde Vorträge.
  4. Belustigungen aller Art. 5. Tanz.
- Entree: Herren 30 Pf., Damen 20 Pf. — Anfang 7 Uhr. Ende???
- ☛ Eingeführte Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**

Mitgliedschaft Danzig.

Am Dienstag, den 31. Dezember, Silvester, findet im Lokale des Herrn Stuppahn ein

**Silvester-Ball**

verbunden mit Theater und humoristischen Aufführungen statt. Zum Schluß Tanz. Entree Herren 50 Pfg., Damen 30 Pfg. Eingeführte Gäste haben Zutritt. Ende?

Der Vergnügungsvorstand.

**Central-Theater**

Elbings grösster u. schönster Kino

Nur Brückstrasse 15.

Das große tieferegreifende Drama

**Eines Kindes Einfluß**

Der 3-aktige Schlager

**Fürstenliebe**

Außerdem Amerikanische Lichtschauspiele. Die Direktion.

**Sozialdemokrat. Verein Danzig-Land (Bez. Ohra)**

**Volk-Berammlung**

am Sonntag, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Fiedelen Bauer, Ohra Niederfeld.

Vortrag des Genossen Bartel: Von Basel bis Ohra. Massenbesuch erwartet Die Parteileitung.

**Speisewirtschaft.** Mittag 50 Pf., Abendbrot 40 Pf., in und außer d. Hause. Auch gutes Logis zu hab. **Fischmarkt 4.**

Empfehle mich zur **Anfertigung v. Schuhwaren** jeder Art.

**Reparaturen** schnell, sauber und preiswert **Albert Jurkowski,** Schuhmacher, Bastion Ohrs.

**Dies soll jeder lesen! Nur von Weihnachten bis Neujahr**

gelten diese enorm billigen Preise

- 1 Sprechapparat 18<sup>00</sup> Anzahlung 4 .. Platten à 55, 95, 1.25, 2.00 u. 3.00 ..
- mit 10 Stücken Abz. wöch. 1 .. neueste Stücke in tausendfach. Auswahl
- 1 Sprechapparat 28<sup>00</sup> Anzahlung 5 .. Weihnachtspl. à 95, 1.25, 2.00, 3.00 ..
- mit 15 Stücken Abz. wöch. 1 .. Lizenzmarken werden nicht berechnet.
- 1 Sprechapparat 38<sup>00</sup> Anzahlung 6 .. Nadeln in bekannter Güte . . . von 20 ..
- mit 10 Stücken Abz. wöch. 1.50 .. per 200 Stück an.

Reparaturen sauber, schnell und billig. Dies Angebot ist ohne Konkurrenz! Dies Angebot ist ohne Konkurrenz!

**Spezialhaus für Musikwaren**

Julius Bogusach G. m. b. H.

Tel. 558. Melzergasse Nr. 1. Tel. 558.

